

Herausgegeben von der Interprofessionellen Gewerkschaft der ArbeiterInnen (IGA),
Oetlingerstrasse 74, 4057 Basel, www.viavia.ch/IGA/ / Telefon 061 681 92 91

Die Allianz gegen Sozialapartheid fordert existenzsichernde Sozialhilfe und faire Löhne

Die Sozialhilfe hat gesellschaftlich nicht nur die Funktion, die finanzielle Situation der von ihr Abhängigen zu sichern. Vielmehr schützt sie auch vor einer weiteren Erosion der untersten Lohnsegmente.



Am Samstag 2. Juni trafen sich die Mitglieder der Allianz zum ersten Mal in Basel. Es freut uns ganz besonders, dass an dieser Klausur ein Thema im Zentrum stand, das der IGA besonders wichtig ist – den Zusammenhang zwischen Abbau bei der Sozialhilfe und prekärer Arbeit zu schlechten Löhnen zu diskutieren. Sozialhilfe-BezieherInnen werden in der Öffentlichkeit schlecht gemacht. „Sozialhilfe muss weh tun!“ ist eine verbreitete Meinung. Konkret

heisst das: In den Kantonen Baselland und Bern sind Kürzungen bis zu 30% für alle geplant. Im Kanton Solothurn diskutiert man Kürzungen für AusländerInnen und Junge, höhere Sozialhilfe für SchweizerInnen. Vorläufig Aufgenommene werden in Zürich auf Nothilfe gesetzt, in Basel-Stadt wird ihnen die Unterstützung um 20% gekürzt und in Aargau um 30%. In der ganzen Schweiz müssen Grossfamilien und Kranke mit weniger Sozialhilfe auskommen. Gemeinden und Kantone überbieten sich darin für Sozialhilfe-Beziehende unattraktiv zu sein, damit sie anders wohin ziehen. Ein Lastenausgleich fehlt. Gleichzeitig nehmen ArbeiterInnen in Not prekäre Arbeitsbedingungen und schlecht Löhne in Kauf, nur um ja nicht bei der Sozialhilfe zu landen. Die Diskussion an der Jahresversammlung der IGA hat gezeigt: Zusammen mit der Forderung nach einem schweizerischen Sozialhilfegesetz und einer existenzsichernden Sozialhilfe muss die Forderung nach einem Mindestlohn von 23 Franken auf den Tisch! (cst)

Nationale Demo für Lohngleichheit von Frau und Mann am 22. September

Männer müssen mehr Lohn verdienen, damit sie die Frauen zum Essen einladen können“ Diese Auffassung vertrat vor Jahren ein netter junger Mann mir gegenüber an einem IGA-Strassenstand. Obwohl es nur ganz seltsame Gründe für Lohnungleichheit gibt, will sie einfach nicht verschwinden... Im Parlament kämpft die Linke tapfer für eine Pflicht zum Offenlegen der Löhne in Firmen mit über 50 Mitarbeitenden. Ich meine, es gäbe eine unkompliziertere und wirksamere Vorgehen: „Elternurlaub einführen gibt subito Lohngleichheit!“.



Foto: 1. Mai 2018, Basel

Kantonale Mindestlöhne

Der Kampf um den Mindestlohn geht weiter. Nachdem 2014 alle Kantone und 76% der Stimmenden eine nationale Lösung verhindert haben, hat der Kanton Neuenburg im 2017 als erster Kanton trotzdem einen Mindestlohn einführen können – nachdem das Bundesgericht Beschwerden von Arbeitgeberverbänden abgewiesen hatte. Der Neuenburger Mindestlohn liegt mit 20 Franken pro Stunde tiefer als von den Gewerkschaften gefordert. Dennoch hatte er Signalwirkung für andere Kantone: Seit November hat der Jura als zweiter Kanton einen kantonalen Mindestlohn eingeführt. Er beträgt ebenfalls 20 Franken pro Stunde. Auch im Tessin hat die Bevölkerung die Einführung eines kantonalen Mindestlohns beschlossen. Über die Höhe wird derzeit diskutiert. Der Vorschlag der Regierung ist mit 18.25 bis 19.25 Franken ungenügend.

Die Mindestlöhne in Neuenburg und im Jura wurden auf Basis der Richtlinien für die Ergänzungsleistungen (EL) ermittelt. Diese gehen von dem aus, was ein erwachsener Mensch braucht, um über der Armutsgrenze leben zu können. Die Genfer Gewerkschaften



Auch „Die Anstalt“ vom 24. April 2018 kennt den Ausweg aus Hetze und Angst-Spirale:
<https://www.zdf.de/comedy/die-anstalt/die-anstalt-versuchslabor-jobcenter-102.html>

sammeln zur Zeit ebenfalls Unterschriften für einen kantonalen Mindestlohn – in der Höhe von 23 Franken. Dies entspricht bei einer 41-h-Woche Fr. 4'086 pro Monat. Gerade in den Städten sind 23 Franken das Minimum. Wir freuen uns, dass nun auch in Basel die Unia die Initiative für einen kantonalen Mindestlohn ergriffen hat!

<https://salaireminimum.ch/>

Eine andere Landwirtschaft ist möglich

Die Abstimmung über die Initiative für Ernährungssouveränität findet voraussichtlich im Herbst statt. Es ist unglaublich, was man alles lernen kann, wenn man die Artikel der InitiantInnen liest: z.B. dass 2017 von 417'000 Tonnen Schweizer Getreide 100'000 Tonnen „überschüssig“ sind und z.T. als Viehfutter deklassiert werden, weil zunehmend „Teiglinge“ kreuz und quer durch Europa in die Schweiz gefahren und im Laden aufbacken werden. Zusätzlich zu den 100'000 Tonnen erlaubten Mehlimport kamen so 140'000 Tiefkühlbackwaren in die Schweiz. Wer noch mehr wissen will, oder die Initiative mit Plakaten, Klebern, Spenden u.a. unterstützen will:

<https://www.ernaehrungssouveraenitaet.ch/>

Termine

Die Termine der IGA zum Vormerken. Die offenen Sitzungen sind für alle da, die sich in der IGA engagieren möchten, und finden im IGA-Lokal, Oetlingerstrasse 74 statt.

25.06. - 06.07.2018 **Ferien! Die IGA bleibt geschlossen.**

Di. 03.07.2018 19:15 offene Sitzung IGA

Di. 14.08.2018 19:15 offene Sitzung IGA

Di. 28.08.2018 19:15 offene Sitzung IGA

Di. 11.09.2018 19:15 offene Sitzung IGA

Do. 20.09.2018 19:15 **Vorstandssitzung**

Di. 25.09.2018 19:15 offene Sitzung IGA

Di. 09.10.2018 19:15 offene Sitzung IGA

Di. 23.10.2018 19:15 offene Sitzung IGA

Do. 06.12.2018 19:15 **Vorstandssitzung**